Umschlag mit 250 Tausend-Mark-Scheinen überreichte.

„Da ist er beim erstenmal ins Nebenzimmer gegangen und hat nachgezählt. Und dann ist er zurückgekommen und hat sich bedankt.“ Beim zweitenmal, fügt er hinzu, „hat er dann nicht mehr nachgezählt“.

Vergeblich versucht der Richter Buchholz, dem Zeugen Flick eine allgemeine Aussage über das Wesen und den Zweck von Spenden zu entlocken. Von Spenden, so lautet die stereotype Antwort, verstehe er nichts. Er könne also „nur mutmaßen“. Und das tut er dann: „Spenden, das war das berechtigte Anliegen, vor demokratischen Parteien – wie's auch beim Vater früher oder beim Onkel Kaletsch üblich gewesen sein mag – ein offenes Ohr zu finden.“

Aber, will der Richter nun wissen, Vorteile für den eigenen Betrieb: „Haben Sie daran nie gedacht?“ Flick: „Diese Überlegungen sind mir unbekannt.“

Noch verblüffender sind die Auskünfte, die Flick auf die Frage erteilt, warum sein ehemaliger Konzern Spenden mit Vorliebe in bar entrichtete.

Flick: „Meines Wissens hat es sich einfach so ergeben: Wenn man sich im süddeutschen Raum so begegnet ist, hat man das Geld der Einfachheit halber gleich übergeben.“

Buchholz: „Aber warum kein Scheck?“

Flick: „Anscheinend war es der Brauch im Hause, daß Zahlungen dieser Art in bar geleistet wurden. Das wurde auch früher mit Kaletsch so abgestimmt. Der kam dann und sagte: Nimm mal den Betrag X und gib ihm den mal.“

Buchholz: „Aber warum bar? Warum nicht mit Schecks? Ihre Schecks sind doch, möchte ich meinen, nicht so schlecht, daß man sie nicht nehmen könnte.“

Sollte etwa der Wunsch der Empfänger ausschlaggebend gewesen sein, „nicht immer Rechenschaft bei ihren Schatzmeistern ablegen zu müssen“? Flick weiß es nicht. Er selbst ist, folgt man seinen Aussagen, auch nur im südlichen Teil der Republik und in Österreich – mit einer Spende für den Landeshauptmann Wilfried Haslauer von der ÖVP – als Spender in Erscheinung getreten.

Was sonst so geschah, will er erst 1981 erfahren haben – als die Fahnder schon ermittelteln.

Damals, so Flick, habe man ihm erzählt, daß sein Manager von Brauchitsch die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung mit 4,5 Millionen Mark unterstützt habe – eine „Ente“, wie sich später zeigte. Flick aber schrieb einen empörten Vermerk – das heißt: Er schrieb ihn nicht eigentlich, er diktierte ihn „grob“ und ließ ihn dann „ausformulieren“.

„In welches Licht bringst Du das Haus, wenn wir 6b-Anträge laufen haben und gleichzeitig in die Richtung dieser Regierung Wohltaten dieser Größenordnung ausschütten.“

Die Standpauke hat ihren Adressaten Brauchitsch nie erreicht. Aber sie ist, seltsam genug, auch nicht in den Papierkorb gewandert, wo sie nach Flicks Überzeugung „eigentlich hingehört“ hätte. Man fand sie – welch ein schöner, entlastender Umstand – in den Akten.

Wie sie dahin kam? Flick hat nur eine Erklärung dafür: „Nachdem man sich soviel Arbeit mit dieser Notiz gemacht hat, hat man wohl gemeint, die werfen wir nicht gleich weg.“

Das Anzeigengeschäft

Von Daniel Doppler

Der Bundestagsabgeordnete Schily hat am 29. Januar den gerade noch amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl wegen des Verdachts der uneidlichen Falschaussage bei den Staatsanwaltschaften in Mainz und Bonn angezeigt.

Daraufhin haben vier Kohl-Fans, die zum Teil, verständlicherweise, ungenannt bleiben wollten, den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt ebenfalls wegen uneidlicher Falschaussage angezeigt. Schon aus paritätischen Gründen.

Außerdem hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Austermann den Abgeordneten Schily wegen „falscher Verdächtigung“ angezeigt.

Kanzleramtschef Schäuble hat, wie inzwischen bekannt wurde, Heiner Geißler wegen der falschen uneidlichen Verdächtigung eines Blackouts bei der Staatsanwaltschaft Köln angezeigt. Geißler hat seinerseits eine Strafanzeige gegen Schäuble erwirkt, wegen des richtigen uneidlichen Vorwurfs, er, Geißler, habe absoluten Quatsch geredet.

Gleichzeitig hat Geißler Schily wegen Denunziantentums und eines absichtlich herbeigeführten Blackouts in Tateinheit mit einer durch Schweigen hervorgerufenen Einladung zur Falschaussage angezeigt.

Auf der anderen Seite hat Schily den CDU-Bundestagsabgeordneten Austermann wegen des falschen Verdachts einer falschen Verdächtigung eines Verdachts einer uneidlichen Falschaussage angezeigt. Die Anzeige Austermanns sei insofern eine falsche Verdächtigung, da sie den falschen Anschein erwecke, Schilys Verdächtigung des Kanzlers wegen der uneidlichen Falschaussage sei falsch, also die uneidliche Aussage richtig, also die Anzeige unrichtig.

Aus dem Kanzleramt verlautet, daß auch Schäuble Austermann wegen vorsätzlicher Dummheit vom Staatsanwalt verfolgen lassen will.

Hans-Dietrich Genscher hat inzwischen gegen Schily Anzeige wegen der Unterlassung einer Anzeige gegen Brandt erstattet. Die Ausgewogenheit unseres Rechtsempfindens stehe auf dem Spiel, so Genscher.

Hannelore Kohl wiederum hat Juliane Weber wegen der Veruntreuung eines Glases russischen Kaviars angezeigt. In einer Unterlassungsklage will das Bundeskanzleramt gegen Geißler vorgehen, der in einer Fernsendung behauptet hat, Kohl habe die russische Marmelade zusammen mit drei Dames blanches in einem totalen Blackout in sich hineingefressen. Geißlers Behauptung, Blackout

bezeichne einen Zustand des Magens, nicht des Hirns, sei hirnrissig.

Währenddessen hat Ministerpräsident Rau mitgeteilt, daß er die SPD auf Aufhebung seiner Kandidatur wegen uneidlicher Fehlernominierung verklagen wolle. Auch Herbert Wehner klagt, daß die Zeitschrift „Tempo“ seine Beleidigungen von Koschnick, Apel, Börner unterschlagen habe. Er habe jeden beleidigt, ohne Ansehen der Person.

Ohne daß eine private Anzeige vorliegen soll, ermittelt die Staatsanwaltschaft München gegen Schily wegen der beleidigenden Unterlassung einer Anzeige durch den Abgeordneten Schily gegen den bayrischen Ministerpräsidenten Strauß.

Indem Schily, so die Münchner Staatsanwälte, Strauß nicht angezeigt habe, sei der bayrische Ministerpräsident in gravierender Form einer Mißachtung ausgesetzt gewesen, die seinem Ruf abträglich sei.

Außerdem habe Schily durch seine Unterlassung die Justiz behindert. Dadurch nämlich, daß er Strauß nicht angezeigt habe, sei es Tandler unmöglich gewesen, seinerseits Schily in einer Gegenanzeige wegen falscher Verdächtigung anzuzeigen. In einem Rechtsstaat sei bis zum Beweis des Gegenteils jeder anzeigefähig.

Aus dem Kanzleramt wurde bekannt, daß die Regierungsparteien wegen der Flut der Anzeigen eine allgemeine Amnestie für Angezeigte erwägen. Ausgenommen bleiben sollen nur Primär-Anzeiger wie Schily.